



# Ein für alle Mal!

Die französische Regierung muß sich ein für allemal auf die Antwort beziehen, die sie am 22. Januar auf das von dem deutschen Geschäftsträger übergebene Aide Mémoire vom 21. Januar erteilt hat. So heißt es in der Verbalnote, die als Erwiderung auf die deutschen Beschwerden wegen des kriegsgerichtlichen Verfahrens in Mainz und wegen der neuen Verhaftungen im Ruhrgebiet ergangen ist. Außer dem Vorzug der Kürze ist diesem Verfahren nichts nachzurühmen, weder die im diplomatischen Verkehr übliche Höflichkeit noch die Beobachtung völkerrechtlicher Gebräuche. Falls die Reichsregierung trotzdem weiterhin den beschwerdeweg beschreiten sollte, könnte dies nur den Grund haben, um sich festzustellen, daß sie mit den französischen Vergewaltigungen nicht einverstanden ist; daß auch andere Regierungen darüber unterrichtet werden und daß aus ihrem Schweigen nicht falsche Schlüsse gezogen werden.

Jede der Verhaftungen, die sich Frankreich in Gestalt von Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland zuschulden kommen läßt, ist ein neues Glied der Kette, womit das Ruhrgebiet abgegrenzt werden soll. Daß die Abschneidung von Anfang an geplant war, wird uns rücksehend klar. Schon in der Apoteke des Versailler Vertrages war sie im verschlossenen Sichtschrant der Sanktionen vorhanden, dessen Öffnung nur mit Zustimmung aller Mittelschlichter erlaubt war. Die Franzosen erbrachen ihn kurzer Hand und ließen sich darin nicht durch den Hinweis auf diese Ungefährlichkeit stören. Kein Mitglied der Entente wollte sich zu einem formalen Einspruch gegen die Besetzung Frankfurts verstehen; Lloyd George ließ es zu, daß die Reparationskommission ihr Unwesen fortsetzte selbst in Fällen, wo das Unrecht handgreiflich und eine Sprengung der Kommission angezeigt war. Es folgte eine Konferenz nach der anderen, sämtliche blieben ergebnislos für Deutschland, das mit dem Londoner Ultimatum die Besetzung der Unerfüllbarkeit der Forderungen überreicht erhielt. Poincaré stampfte wie ein Büffel durch ein Maisfeld auf sein Ziel los und um so schneller, als ihm von Seiten der übrigen Ententestaaten vorgeschrieben wurde, daß er Unmögliches verlange und Deutschland am Rande seiner Kraft angelangt sei. Die deutschen Noten wanderten in den Papierkorb, die Gutachten der internationalen Sachverständigen wurden als schätzbares Material den Archiven einverleibt, die Presse Amerikas und Englands schrieb sich die Federn stumpf.

Da beschleunigte der Weltkollaborator, des trockenen Tones satt, sein Tempo. Die erste Verfehlung Deutschlands wurde aus der Pariser Retorte herausdestilliert, eine zweite, eine dritte. Der Regierungswechsel in England begünstigte diese Arbeit, obgleich ihr Zweck niemand verborgen sein konnte. Schon deshalb nicht, weil in dieser Zeit der Geheimberichtericht Daniels ans Licht gezogen wurde, dieses Programm für die Verfranzösung von Rheinland und Westfalen, und daran schlossen sich die Konferenzen im Elisee. Was damals alles demontiert wurde, hat sich heute in schmachvoller Wirklichkeit umgesetzt: die Okkupation des Ruhrbezirks ist vollzogen mit einem Gewaltstreik sondergleichen — ein für allemal.

Vier Millionen deutscher Staatsbürger sind zu Empfindern französischer Befehle geworden, für deren Rechtswirksamkeit auch nicht ein bläser Schein staatsrechtlicher Begründung beizubringen ist. Ueber ein friedliches, in Frieden lebendes Volk brach plötzlich eine Perle der Entrechtung herein, und seinen natürlichen und gesetzlichen Schützern, der deutschen Regierung, ist mit einem brutalen Befehl das Wort abgegeschnitten worden: ein für allemal.

Da gleichzeitig eine „Generalverfehlung“ Deutschlands im Wiederherstellungsausschuß ausgeklügelt wurde, glaubt sich Poincaré aller weiteren Antworten auf deutsche Vorstellungen entzogen, da sein zweites Schreiben, das auf den deutschen Protest gegen die Beamtenverhaftungen, „auf alle Mitteilungen antwortet, die er von der deutschen Botschaft erhalten werde.“ Danach scheint die Verhaftung eines Botschafters in Paris für Deutschland überflüssig geworden zu sein, und das entspräche eigentlich auch dem Kriegszustand, den Frankreich ohne Kriegserklärung über Deutschland verhängt hat.

In der Verbalnote ist außerdem von französischen „Okkupationsbehörden“ die Rede. Das steht eine Okkupation voraus, die staats- und völkerrechtlich einen einseitigen, gewaltsamen Erwerb der Staatsgewalt über ein herrenlos gewordenes Land bedeutet und effektiv geworden ist. Es ist nur eine andere Bezeichnung für Annexion. Ob diese Annexion nun wirklich ein für allemal auf Unrecht fortbestehen wird, steht auf einem anderen Blatt, denn sie schlägt allen, selbst durch den Versailler Vertrag festgelegten Vorschriften über das Selbstbestimmungsrecht ins Gesicht, schafft in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung ein solches Chaos, daß dieser Zustand nicht mit einem Machtwort ein für allemal abgetan sein kann.

## Abschnürung des Ruhrgebietes

Die Abschnürung des Ruhrgebietes vom unbefestigten Deutschland steht unmittelbar bevor. Teilmaßnahmen sind schon in beträchtlichem Umfang durchgeführt. Auf allen Grenzstraßen des als- und widerrechtlich besetzten Gebietes bemerkt man gewaltige Truppenmengen, die nach einem bis ins Kleinste ausgearbeiteten Plan patrouilliert werden.

In nördlicher Richtung haben die Franzosen folgende Linie mit starken Truppenmassen abgesperrt: Düsseldorf über Großenbaum nach Duisburg—Oberhausen—Dortmund—Glabbe West 3—Redlinghausen. Von hier aus gehen die Operationen nach Südwesten weiter. In südlicher Richtung ist folgende Linie besetzt: Düsseldorf—Reitwig—Werden—Kupferdreh nach Steele, in nordöstlicher Richtung weiter. In Verbindung mit diesen Operationen sind dann auch die Bahnhöfe Glabbe West, Redlinghausen Ost, Wipperfleth und Wipperfleth Süd, ferner im Süden Werden, Essen, Stadt-

wald, Pölsingen und Kupferdreh von französischen Truppen besetzt worden. Die Zolllinie ist bereits gezogen im Süden über Waltrup—Lünen nach Dortmund—Fürde auf Hagen—Vorhalle.

Die Erregung der Bevölkerung ist begreiflicherweise groß. Wie verlautet, ist man allgemein entschlossen, in den allgemeinen Streik zu treten, falls die Franzosen ihre Absicht, jegliche Kohlenzufuhr nach dem neubefestigten Deutschland zu unterbinden, durchzuführen.

## Das Reichskabinett

hat während der Staatsberatung im Reichstage eine Sitzung abgehalten, die sich mit der Vorbereitung von Abwehrmaßnahmen gegen die neue Aktion der Franzosen im Ruhrgebiet beschäftigte. Einzelheiten hängen natürlich von den Maßnahmen ab, die die französische Regierung anordnen wird. Schon jetzt steht aber fest, daß die deutsche Regierung auch gegen solche Maßnahmen mit Unterstützung der gesamten Bevölkerung und der Beamtenchaft im Ruhrgebiet erfolgversprechende Gegenmaßnahmen an der Hand hat.

## Verhaftungen und Ausweisungen.

Bürgermeister Schmidt, Düsseldorf, der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, ist von den französischen Besatzungsbehörden verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte, wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ melden, im Rathaus, als eine Besprechung der Stadtvorordneten der Stadtverordnetenversammlung stattfand. Der Stadtvorordnete Adams erhob namens der Stadtverordnetenversammlung Protest gegen die Verhaftung. Auf die Frage, aus welchen Gründen die Verhaftung erfolgt sei, wurde keine Antwort gegeben.

Von den Besatzungsbehörden wurden neuerdings verhaftet die Oberzollinspektoren Reize, Ufer und Glodner, alle drei in Kaldentirchen und Oberzollsekretär Pericks in Neuf, ferner der Düsseldorfener Polizeipräsident Oegle. Die französische Besatzungsbehörde hat die Polizeistunde in Düsseldorf auf 10 Uhr abends festgesetzt. Ansammlungen auf Straßen und Plätzen sind strengstens verboten. Pollrat Wener und Oberzollinspektor Vogt vom Hauptzollamt in Neuf sind ausgewiesen worden.

## Regierungspräsidenten gesucht.

Wie die Wiesbadener Blätter berichten, wurde mehreren Beamten des Regierungspräsidiums, nämlich dem Verwaltungsdirektor Daurmeister, dem Regierungsrat Voeltz, dem Regierungsrat Reich und dem Regierungsrat Oberbuchhalter Hepte vom stellvertretenden Bezirksdelegierten der Rheinlandkommission einzeln die Frage vorgelegt, ob sie bereit seien, die Geschäfte des Wiesbadener (verwaisten) Regierungspräsidiums auf Anordnung der Rheinlandkommission zu übernehmen. Sämtliche vier Herren haben dieses Ansuchen weit von sich gewiesen. Vorher war der derzeitige stellvertretende Regierungspräsident, Oberregierungsrat Waldschmidt vom Stellvertreter des Bezirksdelegierten der Rheinlandkommission gefragt worden, was nach ihm als stellvertretender Regierungspräsident in Betracht komme. Waldschmidt antwortete, daß er das letzte zur Vertretung des Regierungspräsidenten ermächtigte Mitglied der hiesigen Regierung sei.

Der französische Platzkommandant hat dem General Polizeipräsidenten erklärt, die französischen Truppen würden in Zukunft bei Angriffen der Bevölkerung auf ihre Posten von der Schusswaffe Gebrauch machen. Er bittet deshalb, daß die Polizeibeamten, wenn sie die Menge nicht mehr zurückhalten könnten, hinter die französische Posten gingen. Der Polizeipräsident hat erwidert, daß die deutsche Polizei niemals hinter französische Truppen zurückziehen werde, um diesen das Schußfeld auf deutsche Landeute freizumachen. Die Polizeibeamten würden bis zum letzten Augenblick auf ihrem Posten bleiben, um im Interesse der Bevölkerung einen Zusammenstoß mit den Truppen zu verhindern.

## Systematische Störung des Bahnbetriebes.

Die Militarisierung der Eisenbahn geht weiter vorwärts. Eine große Anzahl französischer Eisenbahner trifft in Sonderzügen ein. Ein großer Teil der Bahnhöfe ist seitens der deutschen Beamten stillgelegt worden. In einem anderen Teil ist das Personal von den Franzosen angewiesen worden, die Bahnhöfe zu verlassen.

Die französischen Eisenbahnbeamten sind dabei, sich in den deutschen Betriebsstätten einzurichten. Das deutsche Personal leistet naturgemäß bei der Weiterbeförderung keine Beihilfe. Das Publikum ist vom Eisenbahnverkehr

so gut wie ausgeschlossen.

Durch die Abschnürung wird die Waggengestellung für die Züge immer schlechter. Die Züge selber fordern bereits eine erheblich geringere Zahl von Wagen an. Auf Bahnhöfen Bolmarstein hat sich infolge des Eingreifens des französischen Personals bereits ein Unfall ereignet, die Strecke mußte zeitweilig gesperrt werden. Nach Köln ist nur der Weg über Eibersfeld passierbar, die Züge, die das Ruhrgebiet passieren, setzen in Essen aus. Die Franzosen scheinen es überall auf systematische Störung des Bahnbetriebes anzulegen, um den Widerstand der deutschen Eisenbahner herauszufordern und so den gesamten Bahnbetrieb in französische Hände zu bringen. Besonders die Hauptstrecke Düsseldorf—Duisburg—Oberhausen—Essen ist stark gestört. Sämtliche D-Züge wurden umgeleitet. Auch die Zugfolge Köln—Bonn ist stark in Mitleidenschaft gezogen. Da die französischen Eisenbahner die elektrischen Stellwerke nicht bedienen können, so arbeiten sie

an den Weichen mit Drechstangen

herum. Abgesehen von den damit verbundenen Störungen des technischen Apparates verzögern sich auch die Zugfolgen. Das deutsche Eisenbahnpersonal weigert sich natürlich, den Anordnungen der Eindringlinge Folge zu leisten, und legt in der Regel sofort die Bahnhöfe still. So gingen Sonnabend die Bahnhöfe Redlinghausen und Oberhausen in Abwehrstreik. Trotzdem funktionierte immerhin der Kohlentransport noch leidlich. Die Abfuhr der Wagen von den Zügen erfolgte ohne Störung. Für die Eisenbahnbehörde macht sich außerordentlich lächerlich bemerkbar, daß in Essen von 11 Dienstleistungen des Eisenbahnpersonals 7 Leistungen beschlagnahmt wurden. Auch der Umschalteraum des Hauptfernprechamtes Essen ist von den Franzosen beschlagnahmt.

## Ausbreitung farbiger Franzosen.

In Trier ist es infolge der Verhängung des Belagerungszustandes erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und französischen Soldaten gekommen. Algerische Spahis sind mit blanker Waffe auf Frauen und Kinder eingedrungen. Marokkaner mißhandelten den Direktor der Trierschen Landesbank. Den Zivilpersonen ist das

Verlassen der Straße zwischen 9 Uhr abends und 7 Uhr morgens verboten worden. Der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr ruht gänzlich.

## Poincaré antwortet im voraus.

Die französische Regierung hat die letzten deutschen Noten, in denen gegen das militärgerichtliche Verfahren in Mainz und gegen neue Verhaftungen im Ruhrgebiet protestiert wurde, mit den folgenden beiden Noten vom 24. und 26. Januar beantwortet:

I.  
Die französische Regierung muß sich ein für allemal auf die Antwort beziehen, die sie am 22. Januar auf das von dem deutschen Geschäftsträger übergebene Aide Mémoire vom 21. Januar erteilt hat: Die von den Okkupationsbehörden getroffenen Maßnahmen sind die Folge von der deutschen Regierung begangenen Verletzungen des Vertrages von Versailles; sie haben keinen anderen Zweck, als die Ausführung des Vertrages sicherzustellen.

II.  
„Herr Geschäftsträger!  
Im Auftrag Ihrer Regierung haben Sie... gegen die Verhaftung deutscher Beamter im Ruhrgebiet protestiert... Ich wiederhole, daß die in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen die Folge der Verletzung des Vertrages von Versailles sind, welche die deutsche Regierung begangen hat. Ich füge hinzu, daß das gegenwärtige Schreiben im voraus auf alle Mitteilungen antwortet, die ich von der Deutschen Botschaft über diesen Gegenstand erhalten werde.“

## Die „Generalverfehlung“ festgestellt.

Die Reparationskommission hat auf Antrag Barthous und Delacroix die allgemeine Verfehlung Deutschlands hinsichtlich seiner Verpflichtungen an Frankreich und Belgien festgestellt und den Zahlungsplan vom 6. Mai 1921 in Kraft erklärt. Der Beschluß wurde mit den Stimmen des französischen, belgischen und italienischen Delegierten gefaßt, während der englische Vertreter sich der Abstimmung enthielt. Die deutsche Regierung ist folglich benachrichtigt worden. Dem Vernehmen nach wird die Reparationskommission alsbald eine Note an Deutschland richten, in der die Forderung auf die Zahlung einer halben Milliarde Goldmark bis zum 31. Januar gestellt wird. Wie „Matin“ mitteilt, ist im Laufe der Sitzung seitens der Mitglieder eine gewisse Beunruhigung über die unangenehmen Folgen ausgesprochen worden, die für die Kommission selbst die vollständige Einstellung der Zahlungen Deutschlands haben könnte. Glücklicherweise sei aber festgestellt worden, daß die Reparationskommission noch genügend Mittel besitze, um den Fortgang der Dienste für lange Monate zu sichern.

## Der Vertrag ist verletzt!

Englisches Rechtsgutachten.  
Freitag nachmittag fand in Downing Street eine Kabinettsitzung statt, bei der, wie verlautet, die Frage der französischen Besetzung des Ruhrgebietes erörtert wurde. Es wurde beschlossen, die englischen Truppen vorläufig am Rhein zu lassen, solange sich keine weiteren Komplikationen ergeben. „Star“ zufolge wurde dann das Rechtsgutachten der Rechtsbeamten der Krone Sir Douglas Fogh und Sir Thomas Inship, verlesen. Es geht dahin, daß die französische Aktion eine Verletzung des Friedensvertrages von Versailles darstelle.

## Kurzbeinige Lügen.

Die Pariser Zeitungen behaupten, daß sich in Berlin eine Aenderung der Stimmung bemerkbar mache; die Regierung werde schwach und der eigentliche Widerstand sei in Schwanden. Die Sozialdemokratie befinde sich in voller Opposition zur Regierung und werde diese Opposition auch demnächst in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Es herrsche in Berlin Niedergeschlagenheit.

Dagegen ist — so behauptet der nach Paris zurückgekehrte Drocquer, und die Presse spricht es ihm nach — im Ruhrgebiet alles in bester Ordnung. Aber offenbar ist man in Rommerreisen doch nicht so sehr von diesem Zustand überzeugt. Es verlautet vielmehr, daß man die Entsendung einer parlamentarischen Kommission ins Ruhrgebiet erwägt, um ein objektives Urteil über die Lage im neubefestigten deutschen Gebiet zu gewinnen. Die „Deure“ behauptet, daß auch Poincaré durchaus nicht mit dem Verlauf der Operationen zufrieden sei. Er erwäge eine weitere Ausdehnung der militärischen Maßnahmen und beschlagnahme, die dauernde Besetzung des Ruhrgebietes ins Auge zu fassen.

## Ausnahmezustand in Bayern.

Die bayerische Staatsregierung hat über das rechtsrheinische Bayern den Ausnahmezustand verhängt, da die nationalsozialistische Partei den gesetzlichen Boden verlassen hat und den staatlichen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen droht.

Ueber die Vorgeschichte dieser Maßnahme verlautet: Da die außenpolitische Lage gebietet die Zusammenfassung aller Kräfte verlangt, war dem Führer der nationalsozialistischen Partei, Hitler, eröffnet worden, daß zum bevorstehenden Parteitag Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden dürften. Hitler hat sich daraufhin bei einer Besprechung mit dem Polizeipräsidenten nach Mitteilung des Verbotes in einer Weise geäußert, daß daraus zu entnehmen war, daß er sich unter keinen Umständen dem Befehl unterordnen, und hat unter anderem gesagt, daß eine rote Welle sich ergieße und die Regierung in zwei Stunden erledigt sein würde. Es wurde Hitler gesagt, daß er sich mit einer Beschwerde an das Ministerium des Innern wenden könne. Er ging aber nicht selbst zum Minister, sondern schickte zwei seiner Leute, die den Minister in aller Form zur Rede stellten. Die beiden ergingen sich außerdem in ungelegten Neuzerungen und Drohungen.

## Aus dem Reichstage.

Zu Beginn der Freitagsitzung wandte sich Reichsfinanzminister Dr. Herms gegen die Vorwürfe des Abg. Wels wegen der Stundung der Kohlensteuer. Bei der Kohlensteuer lagen zwingende wirtschaftliche Gründe für eine Stundung vor. Im September war vereinbart worden, daß den Arbeitern zwei Drittel ihres Lohnes jeweils einen Monat früher bezahlt werden sollten. Für den Ausgleich dieser momentanen Krise gab es zwei Wege: Kohlenpreiserhöhung oder kurzfristige Stundung der Kohlensteuer. Von der am 30. September bis 31. Dezember 1922 fälligen Kohlensteuer sind insgesamt 2,9 Milliarden gestundet worden. Davon sind bis heute 1,1 Milliarden eingezahlt, so daß nunmehr tatsächlich noch 1,8

Millarden gekündet sind, wovon 2 Milliarden am Ende des Monats und der Rest gegen Ende März zur Zahlung kommt. In einer eingehenden Betrachtung der Finanzlage Deutschlands erklärte Abg. Heffner (Dnt.), der Gesamtertrag werde nach dem heutigen Standpunkt auf mindestens 7 Milliarden zu berechnen und das Defizit mit 5 Milliarden noch zu niedrig veranschlagt sein. Dabei sind noch keine Reparationszahlungen und Sachleistungen in Anrechnung gebracht. Erst die Politik Poincarés hat wieder alles in Grund und Boden zerfallen, was unter schwersten Opfern zur Sanierung unserer Verhältnisse geschehen war. (Hört, hört!) Im Dezember klagte die schwebende Schuld allein um 116 Milliarden Mark; als die Hand Poincarés bereits zum Schlage erhoben war, da klagte die schwebende Schuld um das Doppelte des Betrages in einem Monat, wie sie überhaupt im Juli vorigen Jahres ausgemacht hatte. (Hört, hört!) Dieses selbstmörderische Verfahren muß vorüber sein.

Der Redner wandte sich dann gegen den räuberischen Einfall in das Ruhrgebiet und brandmarkte das Exzessen der Franzosen. Er dankte den Bewohnern des Ruhrgebiets, daß sie die

#### nationale Ehre und Einheit

in tiefster Not als leuchtendes Beispiel für das ganze deutsche Volk vor der ganzen Welt wieder aufgerichtet haben. (Beifall.) Der Redner billigte die Maßnahmen der Regierung und ihre entschlossene Abwehr. Ein langer und feiner Weg liegt vor uns. Vor allem müssen wir in diesem Kampfe einsig sein. Darum nehmen die Deutschnationalen den Feindhändel der Sozialdemokratie auf. Für uns gibt es jetzt nicht die Frage: Monarchie oder Republik? Wir verteidigen unser Vaterland so wie es ist.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) fragte die bürgerlichen Parteien, ob denn ihr Stillschweigen gegenüber den Nationalisten in München und anderswo richtig sei. Seine Partei identifiziere sich jedenfalls nicht mit dieser Regierung. Auch von einem Bürgerlichen will der Redner nichts wissen, denn dieser Freude sei ein Kirchhofstele.

Abg. Beder-Weinberg (Zentr.) warf dem Abg. Breitscheid vor, daß er sich zu Unrecht als Vertreter der Ruhrarbeiter aufstelle. Die Arbeiter dort denken ganz anders als Herr Breitscheid.

Nach beendeter Aussprache wurde der Etat dem Hauptausschuß überwiesen.

#### Steuerbefreiung für die Ruhrhilfe.

Auf Grund des § 108 Absatz 1 der Reichsabgabenordnung hat der Reichsfinanzminister die Finanzämter ermächtigt:

1. Anwendungen unter Lebenden an eine Hilfsorganisation aus Anlaß der Befreiung des Ruhrgebietes von der Erbschaftsteuer zu besetzen, 2. bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer den Abzug von Beträgen an eine Hilfsorganisation der in Nummer 1 bezeichneten Art vom Einkommen in voller Höhe zuzulassen, 3. Arbeitslohn, der einer Hilfsorganisation der in Nummer 1 bezeichneten Art zur Verfügung gestellt wird, vom Steuerabzug und von der Einkommensteuer zu befreien, 4. Die Hilfsorganisationen der in Nummer 1 bezeichneten Art von allen Steuern zu befreien, die auf Einkommen oder Vermögen ruhen.

Beim Reichspräsidenten sind weiterhin für das Ruhrhilfswerk viele reiche Spenden aus allen Kreisen der Bevölkerung eingegangen. An größeren Beträgen haben gestiftet: die Commerz- und Privatbank 200 Millionen Mark, die Hutten & Co. 5, 3 Millionen Mark (außer den bereits unmittelbar nach dem Ruhrgebiet überwiesenen großen Gaben), Herr Hans Fischer i. J. Fischer u. Wolff als erste Rate 1 500 000 Mark; die Deutschen in Norwegen haben 34 Millionen, ein Norweger und ein Deutschamerikaner je 1 Million Mark gesandt. Die Junkerwerke in Ostpreußen haben 5 Millionen, der Anhaltische Arbeiterverband 25 Millionen Mark gespendet; die Angestellten und Arbeiter der Junkerwerke und vieler anderer staatlicher und industrieller Betriebe sowie Gruppen der Beamten haben Prozentanteile ihres Einkommens zur Verfügung gestellt.

Das Central Relief Committee Inc. New York, das erst am 24. Januar eine Spende im Werte von 75 Millionen Mark für die Notleidenden im Ruhrgebiet durch den Hamburgischen Landesverein vom Roten Kreuz überwiesen ließ, hat sodann dem Oberbürgermeister von Essen durch das Rote Kreuz weitere 600 Rufen mit Nahrungsmitteln im Werte von 150 Millionen Mark überwiesen lassen.

#### Die Lage in München.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes blieb zunächst ohne größere Wirkungen nach außen. In München ist alles ruhig, im besonderen verlaufen der gestrige Abend und die Nacht zum Sonntag ohne Störungen. Der Parteitag der Nationalsozialisten ist gekillt, auch sind sechs Versammlungen genehmigt. Oeffentliche Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind nicht zugelassen. Von auswärtig zur heutigen Fahnenweihe kommende Gäste der Nationalsozialisten werden am Hauptbahnhof mit Musik empfangen, dürfen aber nicht geschlossen durch die Straßen ziehen.

#### Polizeikonflikt in Halle.

Oberpräsident Hering hat Gebäude und Einrichtung der Polizeiverwaltung Halle mit Beschlag belegt, veranlaßt durch die Weigerung der Polizei, die Bedingungen der Staatsregierung, unter denen die Polizei auf Grund des Verwaltungsgerichtes versetzt werden soll, zu akzeptieren. Da die Staatsregierung ohne den Beamtenapparat die Verwaltung jedoch nicht übernehmen kann, werden die Beamten in ultimativer Form aufgefordert, sich der staatlichen Polizeiverwaltung zur Verfügung zu stellen.

#### Amerikanische 150-Milliarden-Spende für Deutschland und Oesterreich.

New York, 26. Januar. (Durch Funksprache.)

Das Zentralkomitee zur Bänderung der deutschen und österreichischen Not hielt eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, eine Werbung zur

#### Tantchen Rosmarin.

(A. Fortsetzung.)

Auf diesen Brief hin, der die Hauptsache eingehend, ward nun der Prozeß mit ungemeiner Erbitterung fortgesetzt. Tante Rosmarin entkaltete dabei ihren ganzen Stolz. Sie ließ dem alten Herrn Baron, der mehrmals gültige Vorschläge machen wollte, sagen, es sei ihr nicht darum zu tun, sich in die Familie des Herrn Baron einzubringen, aber sie wolle ihre Rechte vor der Welt wieder zu Ehren und ihren Grovneffen zu einem anständigen Namen bringen, und sollte es mehrere tausend Dukaten kosten. Sie wäre gar nicht gefunden, dem Herrn Baron, der außer seinem papierernen Stammbaum mehr Schulden als Güter hätte, ihre Rechte zur Gemadin zu geben. Sie betrachtete dies für ihr Haus als wahre Resalliance und er wäre nicht der erste Edelmann, welcher vielleicht Lust haben könnte, in Gesellschaft seiner letzten Ahnen nach den vollen Geldkisten einer reichen und schönen Witwergattin zu angeln. Man wisse heutzutage sehr gut, was armer Adel wert sei; man borge auf ein verquämertes Geschlechtsregister, das bis zu Adam und Eva hinaufreiche,

Kaufbringung von 5 Millionen Dollar (= 150 Milliarden Mark) zu veranstalten. Ein Bericht des Postkastens Boughton, der die Bewegung unterzucht, wurde verlesen.

#### Reise Brantings nach Paris.

Stockholm, 27. Januar.

Ministerpräsident Branting ist über Hamburg nach Paris abgereist, um an der am 29. Januar beginnenden Tagung des Völkervertrages teilzunehmen.

#### Wilson's Behold.

Junobruck, 27. Januar.

Wie die Volkszeitung berichtet, ist der bekannte Arbeiterdichter Wilsons Behold in Stühbel an Influenza gestorben.

#### Ein Aufruf der Sonderkommission für Memel.

Memel, 27. Januar.

Die von der Völkervertragskonferenz am 17. Januar ernannte außerordentliche Kommission, die am Donnerstag eingetroffen ist, erläßt einen Aufruf, in dem sie mitteilt, daß es ihre Aufgabe sei, die Ordnung wiederherzustellen und nach Anhörung der verschiedenen Parteien eine provisorische Regierung einzusetzen, in der die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung vertreten sein werden. Die Sonderkommission erklärt ausdrücklich, daß sie keine an der Rechtslage des Memellandes getroffene Aenderung anerkennen werde.

#### Aus aller Welt.

Franzosen raus! In einem Aufruf an die deutsche Studentenschaft der Universität Jena fordert der allgemeine Studentenausschuß in Jena auf, alle Streitigkeiten untereinander zu begraben, jeden Verkehr mit Belgiern und Franzosen abzubrechen und keinen Pörsaal zu betreten, in dem diese sitzen. An die Dogenten wird die Bitte gerichtet, nicht eher mit Vorlesungen zu beginnen, als bis Belgier und Franzosen den Raum verlassen haben.

Prinzessinnen, die sich tätowieren ließen. Amerikanische Archäologen, die augenblicklich in Ägypten Forschungen anstellen, haben, wie aus Luzor gemeldet wird, vorkelst die Mumie einer Prinzessin der ersten thebanischen Dynastie gefunden, deren Alter auf 4000 Jahre geschätzt wird. Die Wülste und der Hals sind tätowiert mit kleinen blauen Zeichnungen, die ihren Rang kennzeichnen. Die Ägyptologen glauben, daß es sich um eine Hofdame, und zwar ein Favoritin des Königs Mentuhotep handle.

Wolfsgefahr in Spanien. Der außerordentlich kalte Winter, der in diesem Jahre in Spanien herrscht, hat die Wölfe aus den Pyrenäen verjagt, und sie in die Nähe der menschlichen Behausungen getrieben. In vielen Fällen wurden die Dörfer Groß-Treibjagden, um die Wölfe zu vernichten. Bei Reinos in Asturien wurde ein Reiter von 6 Wölfen angegriffen. Da er bewaffnet war, kam er mit heller Haut davon. In Extremadura lief ein Wolf direkt in eine Bauernwohnung, wo sich nur ein kleines Kind beim Spielen befand. Merkwürdigerweise hat der Wolf dem Kind nichts zu leide getan.

Die Auslandspostgebühren. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 29. Januar an auf 4 600 M. festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

Ueber die Tarifpolitik bei Eisenbahn und Post verlautet: Hinsichtlich des Gütertarifes ist zum 1. Februar eine Erhöhung nicht zu erwarten. Ob im Laufe des Februar eine solche eintritt, steht zurzeit noch nicht fest. Die Personentarife dagegen werden von Beginn des neuen Monats an um 100 Prozent erhöht werden. Bei der Reichspost, Telegraphen- und Fernsprecheverwaltung steht für den 1. März eine abermalige Verdoppelung der Gebührensätze bevor. Notwendig dazu ist allerdings noch die Anhebung des Vertretersbetrages.

Abermalige Erhöhung der Kohlenpreise. Der Reichskohlenverband hat über die durch die neuen Lohnerhöhungen notwendig gewordene Preisfestsetzung der Kohle beraten und dabei für Ruhehohe einen Aufschlag von 30 374 M. vereinbart. Die Verhandlungen über die Kleinpreise und über die für Hausbrand werden erst in einigen Tagen erfolgen.

Die neuesten Buchdruckertarife. Der Deutsche Buchdruckerverein stellt mit: Die Tarif-Kommission des deutschen Buchdruckergewerbes hat für die beiden Wochen vom 29. Januar bis 11. Februar eine Lohnerhöhung auf 30 000 Mark, für die Woche vom 12. bis 18. Februar auf 36 000 Mark in den Spitzenlöhnen beschlossen. Die Lohnerhöhung in Verbindung mit der weiteren Steigerung der Preise für alle Materialien hat eine Erhöhung der gegenwärtigen Druckpreise um 75 vom Hundert erforderlich gemacht.

feinen halben Gulden, da man hingegen um ein paar elende Goldstücke das Adelsdiplom überall einkaufen und den dicksten Stammbaum malen lassen könne. Aus diesen und anderen Gründen befreite sie darauf, Herr Pompejus Baron von Malzen müsse schlechterdings in aller Form ihrer Nichte feierlich angetraut und drei Tage nachher wieder in aller Form richterlich von ihr geschieden werden, so daß sich jeder Teil, wann es ihm beliebt, anderweitig vermählen könne.

Dieser hohe Ton, den Tantchen Rosmarin anstimmte, brachte den alten Herrn fast zum Rasen, und um so mehr, da er wohl bemerkte, daß diese Frau, von der ehemals in seinem Schlosse nie Kunde genommen, vermöge ihres Reichthums größeren Einfluß im Gericht als er hatte. Er würde, da er sich über die Eigentümern von Nieder-Fahren bessere Nachrichten erworben, vielleicht zum bösen Spiel lustige Miene gemacht und wohl gar — denn Malzenendorf war in der Tat schwer verschuldet — in eine Resalliance mit der begüterten Bäuerstochter gemißt haben. Aber die Volkschaft, wie Tantchen sie ihm sandte, das Bissige, Wichtige ihrer Anspielungen und dann der bürgerstolze Zufuß, daß sie eine solche Deirat für Mißheirat halte,

schwebende Erben. Ein Münchener Polizeibeamter und seine fünf Geschwister haben kürzlich aus dem Nachlaß ihrer Tante, die mit ihrem Mann nach dem Krieg 1870-71 nach Amerika ausgewandert ist, 220 Millionen Dollar geerbt. Die Erben können jedoch vorläufig wegen der amerikanischen Sperre über deutsche Vermögen nicht in den Besitz des Geldes gelangen.

Die freitbare Venus von Milo. Kürzlich hat in Amerika ein Schönheitswettbewerb stattgefunden, bei dem man in der Beurteilung mit fast wissenschaftlicher Genauigkeit zu Werke ging. Es handelte sich darum, festzustellen, welche Dame die schönste Figur hat, und mehrere hundert Bewerberinnen traten auf. Wie ist aber nun dieses delikate Problem zu lösen? Die Richter wandten sich als echte Nachfolger des Paris an die Antike um Rat und suchten hier nach einem vollkommenen Typus weiblicher Schönheit; sie glaubten diesen in der Venus von Milo gefunden zu haben. Die Damen, die sich um den Preis von 100 Dollar bewarben, wurden daher eingehend gemessen, und es wurde festgestellt, ob die Proportionen ihrer Figur den Regeln entsprachen, die sich auf dem klassischen Bildwerk finden. Zwei Schönheiten kamen in die engste Wahl, bei der einen wurde aber festgestellt, daß sie verschiedene Eigenschaften aufwies, die mit dem antiken Schönheitsideal nicht übereinstimmten. Die junge Dame war über dieses Urteil empört, aber als praktische Amerikanerin beruhigte sie sich nicht bei ihrer Niederlage, sondern verlagte die Richter auf Schadenersatz, und während die Preissträgerin nur 100 Dollar erhielt, forderte sie nicht mehr und nicht weniger als 100 000 Dollar.

Fritz Thyssen Ehrenbürger von Hamburg. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten von Hamburg wurde Fritz Thyssen zum Ehrenbürger der Stadt Hamburg ernannt.

Ein Trauring, der nicht paßt. Im Norden von London stellte sich ein junges Paar dem Standesbeamten vor, der ihre Ziviltrauung vornehmen sollte. Als der Bräutigam seiner Braut den Trauring ansteden wollte, erwies er sich als zu klein. Allgemeine Bestürzung. Schließlich wollte sich der Standesbeamte dazu verstehen, das Brautpaar auch ohne Trauring als gefehlich vermählt anzuerkennen. Doch der Bräutigam wollte davon nichts wissen. Er bestand auf einen vorchriftsmäßigen Ringwechsel. Während die Braut und die Brautzeugen warten mußten, begab sich der Bräutigam zu einem Juwelier in der Nachbarschaft, um einen passenden Trauring zu beschaffen. Erst danach konnte die Trauung vor sich gehen.

#### Berliner Freiverkehr vom Sonnabend.

In unvermindert hartem Tempo setzte sich die gestern begonnene Haufe für Devisen und ausländische Zahlungsmittel während der Vormittagsstunden weiter fort. Sowohl die abgeklärte Markmeldung aus New York (Parität = 23 800 M.) wie die Nachrichten über die demnächst geschlossene Börsenpause in New York und die Meldungen über eine neue Erhöhung in der inneren Politik waren Gründe genug für eine weitere Reichsmarkentwertung, die schon in den ersten Vormittagsstunden zu einem Kurs von 27 000 M. für die Dollarnote führte. Bei Beginn der Börse wurde unter stärkeren Schwankungen ein Kurs von 28 500 M. gemannt und späterhin ein solcher von 27 700-29 750 M. Das Geschäft hielt sich in ziemlich engen Grenzen, bei dem herrschenden Materialmangel für die geringsten Umsätze zu erheblichen Kursprüllungen. Von Noten wurden umgekehrt polnische Noten mit 80 M., rumänische Reimoten mit 10 000 M., österreichische Noten mit 36 M., ungarische Noten mit 8,25 M.

#### Ämtliche Devisen-Notierung.

Devisen	Vortriege-Parität	27. Januar		28. Januar	
		Gold	Brief	Gold	Brief
Dollar	4.90	2092.50	27067.60	23100.57	28923.16
Englische Pfund	20.00	12488.75	12488.75	108228.75	108771.25
Polnische Gulden	1.00	10428.87	10 74 68	9177.00	9223.00
Österreichische Krone	1.12	6306.81	6293.18	4688.50	4611.50
Schwedische Krone	1.19	7122.15	7107.85	6184.50	6215.50
Italienische Lire	0.80	1201.88	1201.17	1107.22	1112.78
Schweizer Franken	0.80	4861.50	5012.80	4314.15	43 6.80
Preussischer Pfand	0.80	174.72	174.28	1688.91	1408.78
Deutscher Pfand	0.80	1851.18	18 49.82	1348.62	1 50.78
Zeugnisse Krone	—	763.08	763.02	648.88	648.82

#### Effektenverkehr.

Im Zusammenhang mit den weiterhin vorliegenden ungünstigen politischen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet setzte die Nachfrage nach Effekten im heutigen Freiverkehr wiederum in recht beträchtlichem Umfange ein. War schon zu Beginn der Börse fast ausnahmslos das ganze Kursniveau aufsehnlich gesteigert, so verstärkte sich die Nachfrage nach Effekten weiterhin mit dem Anziehen der ausländischen Zahlungsmittel und ferner durch die Tatsache, daß bei den Banken neuerdings umfangreiche Kaufaufträge des Publikums vorliegen. Im Vordergrund der Beachtung standen neuerdings die Werte der Rhein-Elbe-Union, Petrobrumwerte und Schiffahrtsaktien sowie ferner im Zusammenhang mit der Devisenbewegung Kolonialpapiere. Die Nachfrage für unnotierte Werte war gleichfalls eine recht beträchtliche.

und daher drei Tage nach der Deirat Esheldung begre — das war ihm des Trostes zu viel.

Er bot nun Himmel und Hölle auf, die Absichten seiner Beguerin zuhanden zu machen. Er spendete Geld links und rechts; Tantchen aber immer die Hälfte mehr als er. Bei der Wichtigkeit ihrer Gründe entschied sich nach Verlauf eines Jahres in zwei Instanzen die Sache zu ihren Gunsten. Der Prozeß ward zur dritten Instanz gebracht. Herr Advokat Kurzbein lächelte höhnisch dem Justitiarius Spott zu.

#### Sieg über Pompejus den Großen.

Nachdem der alte Herr Baron den Prozeß in zwei Instanzen verloren hatte, war bei ihm kein Anhaltens mehr. Er peitschte täglich Hunde und Bediente zusammen, daß kein Hund und kein Bediente bei ihm bleiben wollte. Er drohte dem Justitiarius eine Kugel durch den Kopf zu schießen, wenn er sich unterstände, den heillosen Rechtshandel auch in dritter Instanz zu verlieren, und seinem Sohne schickte er gebieterische Briefe auf Briefe, voller Donner und Blitz, mit Extrapost vom Rom nach Malzenendorf zurückzukommen.

(Fortsetzung folgt.)

## Für den Abendisch.

Für vier Erwachsene berechnet.

**Schwäbische Kohlsuppe.** Bedarf: Eine Anort-Erbsen mit Schinken, 250 Gramm rohe Kartoffelwürfel, 350 Gramm gehobelter oder nudelfein geschnittener Weiß- oder Wirtstingel, 50 bis 60 Gramm Margarine, Schmalz oder Speckwürfel, Salz, Pfeffer, Muskatnuss. Herstellung: Zerbröckele die Erbsen und rühre mit einem Liter kaltem Wasser glatt. Schmelze den Fettstoff dünne in demselben eine halbe geriebene Zwiebel, eine Drittel zerquetschte Knoblauchzehen farblos und anschließend das Kraut etwa zehn Minuten, gieße reichlich ein Liter heißes Wasser darauf, bringe ins Sieden, binde jetzt mit der Erbsenmasse und lasse das Ganze nebst Salz und Pfeffer gemächlich 60 Minuten kochen. Während der letzten 20 Minuten füge die Kartoffeln bei, die in der kräftigen nahrhaften Suppe garwerden sollen. Zum Schluss den Geschmack prüfen und durch Muskatnuss würzen.

**Makkaroni auf Peilbronner Art.** Bedarf: 250 Gramm Anort-Erbsen-Makkaroni, 500 Gramm rohe Kartoffelscheiben, einer mehligten Sorte, 60 Gramm Margarine, Schmalz oder Fett, möglichst mit Speckwürfeln, 1/2 Liter Milch, Fleisch- oder Knochenbrühe, 1/2 Liter Salz, Spitz, weissen Pfeffer, Stäubchen Muskatnuss, 2-3 Eigelb geriebener Käse. Herstellung: Wir siedeln die halblingelange gekochenen Makkaroni in viel Salzwasser ziemlich weich, was ungefähr 25 Minuten dauert und schütten sie auf einen Durchschlag. In der Zwischenzeit hat man die Kartoffelscheiben gekocht und abgeseigt. Zweckmäßig rührt man es so ein, daß beide Teile zugleich fertig werden, denn sie sollen beim Weiterarbeiten nicht kalt sein. Nun die Margarine heiß machen, Makkaroni nebst Kartoffeln darin durchschwenken — nicht rühren! — noch einer Beile Fleischbrühe und Gewürz zutun, ein wenig dämpfen, abkühlen und mit dem Käse vollenden. — Ebenso gut mundet das nahrhafte Gericht, wenn statt Fleisch- oder Knochenbrühe einfache dünne Milchzute Verwendung findet.

Der Verband national gesinnter Soldaten ist mit seiner Beschwerde vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik kostenpflichtig abgewiesen worden.

## Sächsisches

**Freital.** Vor dem Rathaus in Freital-Döhlen veranstalteten Erwerbslose während der Beratungen über die Binderung der Not der Erwerbslosen eine Demonstration, die sich zum Teil in den Verhandlungsraum verfranzte.

**Dresden.** Im Landgericht am Münchner Platz stahlen Diebe das Klopfpapier. Wahrscheinlich fehlt ihnen das Einwickelpapier, weil sie keine Zeitung mehr halten.

Im Staatlichen Opernhaus sind mit Rücksicht auf die durch die Ruhrbekämpfung geschaffene Lage die Opern „Carmen“, „Bohème“ und „Mignon“ vom Spielplan abgelehrt worden.

Die sächsischen Handelskammern haben auf ihrer am 26. Januar 1923 in Plauen abgehaltenen Tagung bei Besprechung der gegenwärtigen Lage nachstehende Entschlüsse gefasst, welche besondere Beachtung verdient: Das Deutsche Reich steht gegenwärtig an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte; unterwirft es sich diesmal dem Diktat der Feinde, so ist es dem Untergang geweiht. Deutschland muß sich jetzt selbst helfen.

Hierzu ist es unabweisbare Pflicht eines jeden Deutschen, in dieser äußersten Not geschlossen in einer einzigen Volksgemeinschaft zu stehen und mit ihr dem Vernichtungswillen des Feindes den eisernen Willen der Selbsterhaltung entgegenzusetzen. Durch Ruhe und Einigkeit im Innern sowie durch Standhaftigkeit nach außen muß es gelingen, die Gemaltpolitik Frankreichs zu machen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat jeder Deutsche die heilige Verpflichtung, an seinem Teile dazu beizutragen, daß den Brüdern und Schwestern an der Ruhr der Rücken gestützt bleibt, und auch den Volksgenossen der engeren Heimat das Durchhalten in den kommenden schweren Tagen erleichtert wird. Wie sich dabei die Landwirte bereit erklärt hat, zur Erfüllung dieser vaterländischen Pflicht für die bedrängten Volksgenossen in selbstloser Abgabe ihrer Erzeugnisse ohne weitere Preiserhöhungen das Feuer zu tun, so müssen auch Industrie, Handel und Gewerbe bei ihrer Dreieisbildung besondere Opfer bringen und mit allen Kräften bemüht bleiben, ihre Arbeiterkraft in möglichst großem Umfang weiter zu beschäftigen. An diese Verhältnisse richten daher die zu einer Tagung in Plauen versammelten sächsischen Handelskammern den Mahnruf, bei ihren Preisfestsetzungen den sonst zweifellos berechtigten, für die Sicherung der Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens unerlässlichen Grundgedanken der Erhaltung der Substanz jetzt nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern bei ihrem Geschäftsgebahren stets eingedenk zu sein, daß es gegenwärtig um die Erhaltung einer höheren Substanz, nämlich um die des deutschen Reiches, geht. Weiter ist es unbedingte Pflicht jedes Gewerbetreibenden, seine Waren ausnahmslos zu den gleichen Bedingungen wie seither aus dem Ruhrgebiet abzugeben. Dieses Gebot gilt insbesondere für die Lieferung aller Nahrungsmittel, um die Ernährung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nicht irgendwie in Gefahr zu bringen.

**Dresden** will für den Ausgleichsfonds einen Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe von 160-300 Prozent des Nutzungswerts der Wohnung oder Geschäftsräume erheben. Bei einem Nutzungswert bis 200 M. fällt die Steuer weg. — Die Vergütung für das Freimachen von Wohnungen wird im Höchstbetrage auf 100 000 M. erhöht.

**Dresden.** Die sächsischen Straßenbahnen sind in den letzten Monaten in immer schwierigerer Lage gekommen, teils haben sie ihren Betrieb ganz eingestellt, teils eingeschränkt. Der deutsche Städtebund schiebt die Schuld auch der Tarifpolitik der Reichsbahn zu und hat jetzt eine Eingabe an das Reichsverkehrsministerium gerichtet, die Personentaxen so weit zu erhöhen, daß die Straßenbahnen in der Lage bleiben, die für ihre Existenz notwendigen Tarife in ihren eigenen Betrieben durchzuführen. — Die Lothwitz-Billnitzer Straßenbahn wird ab Montag als Ein-Mann-Linie betrieben.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Radeburg machten von 1922 Wahlberechtigten 1571 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die bürgerliche Liste siegte mit 7 Sitzen, während es den vereinigten Sozialdemokraten und den Kommunisten nur gelang, je zwei ihrer Kandidaten durchzubringen. Die Beamtenliste erhielt einen Sitz.

Weißer Hirsch hatte im Vorjahre 17040 Kurgäste gegen 13400 im Jahre 1921. Mehr als die Hälfte waren Ausländer.

**Radeberg.** Unsere Schule führt den Stenographieunterricht als Pflichtfach ein.

**Radeberg.** 1922 traten hier 230, 1921 391 Personen aus der Kirche aus. — Zur Beschaffung unentgeltlicher Lernmittel wurden 700 000 M. bereitgestellt.

**Wilsdruff.** Im Januar kostete Lichtstrom 300, Kraftstrom 290, Wasser 30 M.

**Dittendorf-Ortilla** erhebt von seinen Gasabnehmern für jeden im Oktober verbrauchten Kubikmeter Gas 200 M. Vorzuschuß, um sich das notwendige Betriebskapital zu verschaffen. Das Gas kostet im Januar 220 M.

**Pirna.** Die verstorbene Marie Geibelt, seit Jahrzehnten eine Wohltäterin der Stadt, hat jetzt Pirna als Erbe des gesamten aus-

liegenden ufm. bestehenden Nachlasses bestimmt. Es soll alles für Wohlfahrtszwecke Verwendung finden.

— Pirna rechts und links der Elbe sollte durch die Einverleibung von Copitz bald in die Erscheinung treten. Vorläufig hat es damit aber noch gute Welle, da an Pirna Verpflichtungen herangetragen werden, die zurzeit noch zu denken geben.

— Die Pflanzarbeit hat in Pirna und Umgegend einen das Kleingewerbe sehr schädigenden Umfang angenommen. Es tritt daher ein Ueberwachungsaußschuß in Tätigkeit, um hemmend einzuwirken.

**Bad Gottschea.** Der Stadtgemeinderat ist dem Beschluß des Bauausschusses auf Beschaffung der Arbeitsmöglichkeiten für die hiesigen Erwerbslosen durch Betriebnahme der hiesigen Steinbrüche beigetreten und hat beschlossen, sofort die nötigen Schritte zur Sicherstellung der Beihilfen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge einzuleiten, die Genehmigung eines Darlehens bis zu 5 Mill. M. nachzusuchen und hiernach erst mit den Arbeiten zu beginnen. Der Unternehmer soll verpflichtet sein, neben der erforderlich werdenden Aufsichtsperson nur hiesige Erwerbslose, und zwar solche, die ihm vom hiesigen Arbeitsnachweis zugewiesen werden, einzustellen.

**Mügelz (Bez. Leipzig).** Die Jagdverpachtung in Lippa wurde unter 100 Bewerbern dem Holzgroßhändler Lippig aus Dresden zugeschlagen. Für einen Acker wurde ein Preis von 8000 M. erzielt, jedoch sich der Gesamtpreis der Pachtung auf 1 1/2 Mill. Mark stellt. Der bisherige Jagdpächter zahlte nur 4000 M.

**Leipzig.** Ein 16jähriger Arbeitssuchender hat innerhalb acht Monaten seinem Arbeitgeber 388 Wilsamelle im Werte von 4,8 Millionen Mark. Er stochte sich täglich mehrere Felle in die Tasche und verhandelte sie sofort an einen Fellaukäufer, der ihm für jedes Fell 500-800 M. zahlte, das einen Wert von etwa 13 000 M. besaß. Das Geld verpraßte der Jüngling mit gleichaltrigen Freunden in verrufenen Cassinatten und öffentlichen Säufereien.

— Hart bestraft wurde eine Vermieterin dafür, daß sie ein Mieterpaar 8 Tage bei sich wohnen ließ, ohne auch nur nach dem Namen der Leute zu fragen. Sie stahlen ihr fast ihre gesamte wertvolle Ausstattung an Kleidern und Wäsche, Pelzboa, Brillantkoller und silbernes Geldtäschchen. Jetzt steht sie für Wiedereinlösung der Gegenstände 100 000 M. Belohnung aus und kann doch nur eine ungenügende Personalbeschreibung geben.

— Sämtliche Ausstellungspunkte in den Leipziger Meßhöfen und Hallen für die Frühjahrsmesse 1923 sind bereits vergeben. Eine große Anzahl täglich einlaufender Anfragen nach Meßständen aus allen Kreisen der Industrie kann deshalb nicht mehr berücksichtigt werden.

— Der Seniorchef der Maschinenfabrik Rudolph Sack in Leipzig-Plagwitz, Rudolph Sack, ist an den Folgen eines Schlaganfalls im 60. Lebensjahr gestorben. Er hatte sich hauptsächlich der Verwirklichung des landwirtschaftlichen Maschinenbaues gewidmet.

**Chemnitz.** Ein Schmelzer, der in Chemnitz seine zweite Heimat fand und eine der ältesten Stoffhandelsfabriken am Platze besitzt, hat 10 Millionen Mark dem Reichspräsidenten für die Ruhrdeutschen zur Verfügung gestellt.

**Chemnitz.** Als in der Nacht zum Sonnabend eine in der Ostvorstadt wohnhafte Kaufmannsweibin in ihrem Geschäft arbeitete, hatte sie nicht beobachtet, daß der Hahn einer Gaslampe schlecht geschlossen war. Sie wurde infolgedessen von dem Gas betäubt. Nur durch das Winseln ihres Hundes wurden Hausbewohner auf den Unfall aufmerksam gemacht und retteten die Frau vom sicheren Tode.

**Plauen i. V.** Der 13jährige Sohn eines Bürgers warf einen 14jährigen Spielkameraden, mit dem er im Streit geraten war, mit einem Schneeball, in dem sich ein Stein befand, und traf ihn dabei ins linke Auge, so daß die Aufnahme des Oestoffens in die Klinik notwendig wurde. Dort stellte sich heraus, daß die Sehkräft des linken Auges erheblich beeinträchtigt worden war. Der Vater des Verletzten klagte gegen den Sohn des Beträgers auf Zahlung der Kur- und Verpflegungskosten und einer lebenslänglichen Rente. Das Landgericht wie auch das Oberlandesgericht in der Berufungsinstantz sprachen dem Kläger diesen Anspruch zu, weil er durch die Verminderung der Sehkräft in seiner künftigen Erwerbstätigkeit beschränkt werde. Das Oberlandesgericht erachtete den von dem Beklagten vorgebrachten Einwand der Notwehr, weil er von dem Kläger zuerst angegriffen worden sei, nicht für stichhaltig, da es sich um einen gewöhnlichen jugendlichen Streit gehandelt habe.

**Scheibenberg.** Bei den letzten Holzauktionen wurden Durchschnittspreise von 50 000 bis 70 000 M. für 1 Festmeter erzielt. Die Verkaufspreise für Brennholz aus dem sächsischen Walde wurden den Preisen in den Staatswaldungen gleichgestellt mit 50% Nachschlag für Minnerbemittelte, für die übrigen Einwohner für denselben Preis mit 1000 M. Zuschlag für den Raummeter.

**Annaberg.** Durch eine hiesige Seidengroßhandlung ist ein Schweizer Geschäftsbau, mit dem die Firma in Verbindung steht, für die Postlage unserer alten Bürger interessiert worden. Daraufhin hat die Schweizer Firma circa 400 000 M. gependelt. Der Betrag ist von der hiesigen Firma auf eine halbe Million erhöht worden.

**Treuen.** Ein Sohn unserer Stadt, Reinhard Huster, war 1921 nach Duisburg gereist, um dort in Arbeit zu treten.

Seit Jahresfrist fehlte jede Nachricht von ihm, so daß die Eltern ihn als verschollen betrachteten. Jetzt erhielten sie die Kunde, daß ihr Sohn seit 7 1/2 Monaten französischer Fremdenlegionär ist.

**Annaberg.** Der 20jährige Mader aus Dittersdorf bei Chemnitz brach in die Schneidemühle von Säß & Ihm in Neudorf ein und zündete, um den Einbruch zu verwickeln, leicht entzündbare Gegenstände an. Er wurde auf dem Bahnhof verhaftet, als er mit zwei vollgepackten Rucksäcken eben abreisen wollte. Er hat eingestanden, zweimal in die Wintervilla am Fichtelberg eingebrochen zu sein. Bei einer Hausdurchsuchung in Dittersdorf fand man Gegenstände vor, die von etwa 50 Diebstählen herrührten.

## Beste Nachrichten

### Deutscher Widerstand.

Die Reichsrücklieferungskommission hat angeordnet, daß Maschinen und Material bedarfs Rückgabe an Frankreich und Belgien bis auf weiteres nicht verhandelt werden dürfen. — Hoffen erkläre, daß auch die geplante Zollgrenze Frankreich nichts nutzen werde. Die Forderungen des Ruhrreviers würden nichts nach dem Westen liefern. Der deutsche Widerstand bleibt weiter unerschütterlich. — Das Reich verlangt Geheimhaltung aller Angaben über Produktion und Absatz der Kohlen- und Eisenerzeugung und legt für Uebertragung von Strafen nicht unter 2 Jahren Zuchthaus fest. — Ein Essen teilte der französische General mit, daß er weitere Kundgebungen mit Waffengewalt unterdrücken werde. Er warne die Bevölkerung, sich den Folgen bewaffneten Einschreitens auszuweichen. — Das Postamt Düsseldorf wurde Sonntag vormittag von französischen Truppen besetzt. Die Beamten und Beamtinnen sind aus dem Amte herangezogen worden, zum Teil mit Gewalt. Der Ortsverkehr und auch der Fernverkehr war eine Stunde lang völlig gelähmt. Die Maßnahme ist angeordnet worden, weil einige Telegraphenleitungen der französischen Zentrale gestört sein sollen. — Wegen Nachregelung des Regierungspräsidenten und anderer Beamten in Arier richtete der Präsident der Reichsbahndirektion Frankfurt an die dort bestehende französische Unterkommission ein Schreiben, in dem er erklärte, daß der Befehl, Militärtransporte in Gang zu bringen, nicht durchgeführt werde. Infolge der neuerlichen Gewaltmaßnahmen sei der Gesamtwille der Eisenbahner des ganzen Rheinlandes eisen und geschlossen in der Verweigerung der Dienstleistungen unter militärischem Zwang. Bei Aufrechterhaltung der erfolgten Ausweisungen müsse jede Verantwortung hinsichtlich der Weiterführung des ordnungsmäßigen Eisenbahnbetriebes abgelehnt werden.

**Das Rheinlandkabel durchschnitten.** Essen, 29. Januar. Wie die Telegraphen-Union zuverlässig erfährt, ist gestern das Rheinlandkabel durchschnitten worden. Der Regierungspräsident von Düsseldorf hat den französischen Besatzungsbehörden sofort die Forderung unterbreitet, das Kabel durch deutsche Beamte, die allein dazu imlande seien, wiederherstellen zu lassen. Insbesondere hat der Regierungspräsident zu diesem Zwecke die Räumung der Umschaltstation verlangt, in die die Franzosen in rechtswidriger Weise eingedrungen sind. Infolge des schwachen Sonntagsverkehrs hat sich die Auserbetriebssetzung des Rheinlandkabels noch nicht entsprechend geltend gemacht. Doch ist damit zu rechnen, daß binnen kurzem der planmäßige Verkehr, insbesondere nach dem unbesetzten Gebiete, Störungen und dem Zusammenbrüche ausgesetzt ist.

**Monatliche Sendung von Lebensmitteln.** Nach einer Washingtoner Meldung wurde Pressevertretern im Weißen Hause mitgeteilt, die amerikanische Regierung erwarte einen Parlamentsantrag, in den nächsten Monaten bis zum 1. September etwa 2000 Tonnen amerikanischer Lebensmittel monatlich nach Deutschland zu senden, um den schlimmsten Folgen der Ruhrbekämpfung zu begegnen. Einen solchen Beschluß würde die Regierung ohne Verzug ausführen.

**Deutsche Polizei „gibt nicht das Schußfeld für die Franzosen frei“.** Essen, 27. Januar. Der französische Plahommandant hat dem Polizeipräsidenten erklärt, die französischen Truppen würden in Zukunft bei Angriffen der Bevölkerung auf ihre Posten von der Schutzmasse Gebrauch machen. Er bitte deshalb, daß die Polizeibeamten, wenn sie die Menge nicht mehr zurückhalten könnten, hinter die französischen Posten zurückgingen.

Der Polizeipräsident hat erwidert, daß die deutsche Polizei sich niemals hinter französische Truppen zurückziehen werde, um diesen das Schußfeld auf die deutschen Landleute freizugeben. Die Polizeibeamten würden bis zum letzten Augenblick auf ihrem Posten bleiben, um im Interesse der Bevölkerung einen Zusammenstoß mit den Truppen zu verhindern.

**Montag mittag (im Kreisverkehr):**  
Dollar 32750-33250  
Tschechische Krone 918

## Bekanntmachung.

Die Jagdmutung der Gemeinde Cunnersdorf bei Glasbütte, 1765 Ader groß, soll auf Verzicht der Jagdgemeinschaft vom 1. September 1923 ab auf weitere 6 Jahre nach Höchstgebot von 5000 M. durch Einreichung schriftlicher Gebote verpachtet werden. Die Ausschreibung unter den Bietern sowie Ablehnung sämtlicher Gebote vorbehalten. Bedingungen können beim Jagdvorstand am Selbstkostenpreis angefordert oder eingesehen werden. Die Gebote sind bis zum 14. Februar d. J. mit der Umschlagumschreibung „Jagdverpachtung Cunnersdorf“ an den Jagdvorstand einzureichen. Es wersen hierdurch alle stimmberechtigten Mitglieder dieser Jagdgemeinschaft aufgefordert, sich zur Eröffnung der eingegangenen Gebote am

Donnerstag den 15. Februar 1923 nachmittags 3 Uhr im Rathaus zu Cunnersdorf zur Abstimmung zahlreich einzufinden.

**Cunnersdorf, den 22. Januar 1923.**  
Fischer, Jagdvorstand.

**Gewerbeverein.** Heute Montag abends Vortrag in der Turnhalle.

**Stroh laubige gegen Eru oder Brennholz.**  
Offerten unter „R.“ an die Geschäftsstelle.

Zu dem am Dienstag den 30. Januar 1923 stattfindenden

## Abendessen

mit Ball  
ladet höflichst ein

## Haus „Seeblick“ Paulsdorf

Diejenige Person, welche solche Sachen am Sonntag an sich genommen hat, ist erkannt worden. Fordere sofortige Rückgabe derselben nach Bahnhof Berentz, andernfalls gerichtliche Wege eingeleitet werden.

## Hüten Sie sich

vor Nieren- und Hosenleiden. Der Einzige trinkt regelmäßig „Tea Valeo“ zur dauernden Sicherhaltung der lebenswichtigen Organe. Zu haben bei dem Kommissär, Drogerie zum Elefanten, Dippoldiswalde.

## Zuchkuh

Verkaufe  
reife, zu 90, hochtragende  
(Reithede)  
Grubl Obercunnersdorf  
bei Rillingenberg.

## Unmoderne Hüte

werden wieder wie neu vorgerichtet.

Für bare Zoidlers Nach.  
Dionant meise.



## Fussbodenoel

Hermann Lommatzsch,  
Drogerie „zum Elefanten“,  
Dippoldiswalde.